

AfD-Wahlprogramm gecheckt

Von Wilfried Müller verfasst am 26.5.2021

Das AfD-Wahlprogramm ist umfangreich (200 Seiten) und seriös gemacht. Trotzdem ist es in der Welt der Mainstream-Medien untergegangen und im Gegensatz zu den anderen Wahlprogrammen gar nicht erst zur Kenntnis genommen worden. Das ist bedauerlich, weil das auf anhaltende mediale Realitätsblindheit bzw. Einäugigkeit hinausläuft. Das AfD-Programm geht in die Vollen und nennt die konservativen Standpunkte klar. Man muss nicht alles davon unterstützen, aber es liefert eine fundiertere Diskussionsgrundlage als die Programme von SPD, Linken und Grünen.

Bei aller Härte der Standpunkte ist das AfD-Programm in den Knackpunkten wie beim Klima nicht mehr so eklatant; wenn auch die Aussage vom *fehlenden Nachweis für die Verantwortung des Menschen für den Wandel des Klimas* heutzutage kaum mehr zu vertreten ist. Das ist der einzige Punkt, wo man dem Programm Realitätsblindheit vorwerfen kann. Ansonsten zeigt es viel Realismus, wenn auch stellenweise eine etwas überzogene Verhaftung im Vorgestrigen.

Es steht nichts drin, was populistisch, rassistisch oder rechtsradikal ist, auch nichts Nationalistisches. Das Credo "Deutschland zuerst" gehört selbstverständlich dazu, das Entsprechende ist in allen anderen Ländern Standard. Die Betonung des Credos ist verständlich, angesichts dessen, wie es vielfach negiert wird.

Das Programm fordert nicht nur den (vernünftigen) Austritt aus dem Euro, sondern auch aus der EU. Unter den obwaltenden Umständen mag die Austrittsforderung gerechtfertigt sein, zumindest solange es ohne demokratische Legitimation weitergeht in Richtung europäischen Bundesstaat. Das ist wohl als Kampfansage an die linksgrünen Kräfte zu verstehen, die blindlings mit der EU-Integration weitermachen wollen, egal wie schlecht sie sich auswirkt.

In eigener Sache hat sich die AfD zurückgehalten, die Forderungen an die Medienkontrolle und -neutralität sind durchwegs vernünftig. Die Betonung liegt auf Leistungsgerechtigkeit und Selbstbestimmung. Viele der Standpunkte erscheinen mehrheitsfähig, trotzdem sind einige davon exklusiv hier zu sehen.

Die Kapitelüberschriften stammen aus dem Programm. Oft werden nur die Überschriften genannt, nur wo besonderes Interesse vermutet werden darf, wird vertieft. Im Folgenden sind die *Kommentare kursiv gesetzt*, die **Hervorhebungen** vom Rezensenten **fett**.

Demokratie und Rechtsstaat

Das Volk ist der Souverän - die Regierungspolitiker in Bund und Ländern haben mit ihrer Flüchtlings-, Europa- und Corona-Politik die **Prinzipien** der deutschen **Staatlichkeit**, des **Rechts** und der **Verfassung** vielfach **verletzt**. Zugleich haben sich die Volksvertreter der etablierten Parteien den grundgesetzlich garantierten Parlamentsvorbehalt für alle wichtigen Entscheidungen im Staat ohne Widerstand nehmen lassen. Die Bundesregierung kommt ihrer Pflicht, Vertragsbrüchen und Selbstermächtigungen durch EU-Institutionen entgegenzutreten, nicht nach (*das geht frontal gegen die anderen Wahlprogramme an*).

Volksabstimmungen nach Schweizer Modell - als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien halten wir das deutsche Volk für ebenso mündig wie das der Schweizer ... Wir vertrauen nicht mehr darauf, dass Regierungen und Parlamente zu Währungskrisen, Migration, Islamisierung oder zur Energiewende tragfähige Lösungen finden. Das Volk als Souverän muss in direkter Mitbestimmung Träger solcher schicksalhaften Entscheidungen sein (*guter Vorschlag*).

Trennung von Amt und Mandat und **Kampf der Ämterpatronage** - Kanzler, Ministerpräsidenten und Minister dürfen nicht mehr zugleich Abgeordnete sein. Die Institution der parlamentarischen Staatssekretäre ist abzuschaffen. Dies gilt auch für das Institut der „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung - vom Ministerialdirektor bis zum Polizeipräsidenten (*das zielt auf die sachlich unbegründete Vermehrung der Prüdenstellen unter den Merkel-Regierungen*).

Macht der Parteien beschränken - die AfD will die gesamte staatliche **Parteienfinanzierung** neu regeln und deutlich **begrenzen**, sowie die staatliche Finanzierung von Parteistiftungen ganz abschaffen (194 Mio. direkt und 600 Mio. über Stiftungen). Verkleinerung der Parlamente - der überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden.

Leistung statt Quote - Freiheit statt Diskriminierung - die AfD lehnt jede Art von Quoten ab. Sie sind leistungsfeindlich, ungerecht und stellen eine verfassungswidrige Diskriminierung derer dar, die nicht in den Genuss der Quote kommen. ... Whistleblower schützen, (die AfD) tritt für die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der bürgerlichen Selbstbestimmung im Zivilrechtsverkehr ein. Deshalb lehnen wir sog. ‚Antidiskriminierungsgesetze‘ ab.

EU und Europa

Ein Europa der Vaterländer - wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten. **Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten**. Die wirtschaftsgeschichtlich ungewöhnliche Idee einer Einheitswährung für wirtschaftlich völlig unterschiedlich entwickelte Staaten ist gescheitert (*dazu unten mehr*). Mit der Einführung des sogenannten „Corona-Wiederaufbau-paktes“ wurde die Transferunion in ei-

¹ https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/05/2021-05-20_-_AfD-Bundestagswahlprogramm-2021.pdf

ne neue Dimension gehoben. Diese Transferunion steht ... im Widerspruch zu den europäischen Verträgen und den Versprechen der deutschen Politiker.

Ein vergleichbares Versagen zeigt die EU in der jahrelang anhaltenden Migrationskrise. Auch das Krisenmanagement in der Corona-Krise war verheerend. Die Vehemenz, mit welcher die Europäische Union die Transformation zum planwirtschaftlichen Superstaat in den letzten Jahren vorangetrieben hat, hat uns zu der Erkenntnis gebracht, dass sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht verwirklichen lassen. Wir halten einen **Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union** und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig (*das kann man als Drohgebärde verstehen, denn die EU-Politik könnte ja auch mal zur Besinnung kommen*).

Steuern und Finanzen

Keine EU-Steuern, Abschaffung der Substanzsteuern (ist eh nur kleiner einstelliger Anteil an den 800 Mrd.). Die in den letzten Jahren erfolgte massive Abwanderung von deutschen Unternehmen und Fachkräften ins Ausland ... stoppen.

Wir wollen ein **Land von Wohnungseigentümern werden**. Deutschland ist europaweit mit unter 50 % das Land mit der geringsten Eigentumsquote bei der Wohnungsversorgung. Das wollen wir ändern. Elementare Steuererechtigkeit statt Nominalwertprinzip und Ungleichbehandlung von Steuerbürgern. Besteuerung an Digitalzeitalter anpassen: **Einführung einer Digitalsteuer** (für Tech-Riesen).

Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“

Wirtschafts- und Innovationspolitik für Deutschland - politisch initiierte Umbrüche wie die „Klimarettung“ fordern enorme Investitionen und Umstrukturierungen und treffen manche Branchen brachial. Den Mittelstand entlasten, Politisch induzierte Belastungen aussetzen, Technologieführerschaft mit „Blue Deal“.

Heute sind Erfinder aber mobil und wandern oft aus, da sie hier mit Auflagen gegängelt werden und nicht die Entwicklungsunterstützung und Geldgeber finden. Wir wollen Bürokratie abbauen und den Staat effizienter machen, **Soziale Marktwirtschaft** statt sozialistischer „Industriepolitik“. Forderungen nach Enteignungen, Abschaffung von Privateigentum und Vertragsfreiheit, hetzerische Klassenkampfrhetorik oder vorsätzlich herbeigeführte Konflikte durch Vertreter linker Parteien lehnen wir dagegen entschieden ab.

Wir lehnen es ab, dass sich die Bundesregierung zunehmend als Unternehmer versteht und betätigt. Sie nimmt direkten Einfluss auf Unternehmen und Innovationen und versucht die Wirtschaft durch Vorgaben und Subventionen zu steuern. Wir wollen die **Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard wiederbeleben** und Wohlstand für alle schaffen.

Der Euro ist gescheitert

Die seit 30 Jahren laufende, schleichende Umwandlung des Staatenbunds Europa in einen **EU-Zentralstaat** ist von den europäischen Völkern nie gewollt oder demokratisch legitimiert worden Die Geschäftsgrundlage des **Euro** ist ebenfalls schon seit über zehn Jahren **zerstört**. Wir erleben heute eine vertragswidrige, sogar sozialistische **Gemeinschaftshaftung**, Transferzahlungen und eine Verschuldung auf Ebene der EU sowie eine verbotene Staatsfinanzierung und mandatswidrige Wirtschaftspolitik durch die EZB – alles weitgehend **auf Deutschlands Kosten** (*leider alles zutreffend*).

Deutschland muss aus dem untergehenden Euro-System austreten.

Die Grundlage der Eurowährung war: Vermeidung überbordender Schulden in allen EU-Staaten und keine Haftung der Staaten untereinander. Beide **Regeln werden permanent gebrochen**. Der Euro wird heute jeden Tag mit Milliardenbeträgen „gerettet“. Dies über billionenschwere Garantien, Bürgschaften und sogar direkte Geldgeschenke an „notleidende“ Staaten; über „Fazilitäten“, „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“, „Next-Generation-EU“-Fond, „Europäische Stabilitäts-Mechanismen“, EU-Kurzarbeiterprogramme, zinsfreie Kredite, Verrechnungskredite (Target2), Aufkäufe von Staatsanleihen durch das EZB-Notenbanksystem. All diese Maßnahmen sind ebenso wie geplante EU-Steuern illegal, da sie gegen die Verbote der monetären Staatsfinanzierung oder der gegenseitigen Haftungsübernahme verstoßen. Deshalb muss Deutschland diese „**Transferunion**“ **aufkündigen** und den Irrweg der Dauerrettung durch Wiedereinführung einer nationalen Währung beenden (*die AfD wird wieder die D-Mark-Partei*).

Keine Schuldenaufnahme durch die EU, Hilfskredite nur auf nationaler Ebene - die EU maßt sich heute an, entgegen dem Wortlaut der EU-Verträge eigene Schulden aufzunehmen. Dabei werden die Mittel durch Neuverschuldung beschafft und anschließend von EU-Bürokraten über unzählige, zumeist ideologisch motivierte Projekte nach Gutsherrenart ausgegeben. Haftung und Tilgung verbleiben jedoch bei den Nationalstaaten. Die AfD fordert eine sofortige **Einstellung jeglicher Kreditaufnahme der EU** (*schleichend macht die EU von Anfang an Schulden: die Pensionsverpflichtungen*).

Zusätzliche Inflationierung durch überzogene Corona-Maßnahmen beenden, EZB-Nullzinspolitik beenden. Nullzinsen führen zu gravierender **Kapitalfehlallokation** in der Realwirtschaft. In Deutschland könnten inzwischen 20% bis 50% der Firmen ihre Kapitalkosten in einem normalen Zinsumfeld nicht mehr verdienen. Das kommt einer permanenten, staatlich geförderten **Insolvenzverschleppung** durch die Bundesregierung gleich.

Die durch die **EZB-Politik** verursachte Wechselkursabwertung und die Preisexplosion am Aktien- und Immobilienmarkt **zerstören die Kaufkraft**, wovon insbesondere Arbeitnehmer und Rentner betroffen sind. Die Zinsmanipulation treibt die Immobilienpreise nach oben und damit auch die Mieten. Negativzinsen **enteignen Sparer**, Mieter und Rentner und führen langfristig zu **Altersarmut**.

Wohlstand und sozialer Frieden in Europa durch **Wiedereinführung nationaler Währungen**. Die Arbeitslosigkeit ist seit Jahren im Süden Europas erschreckend hoch als Folge der fehlenden bzw. verloren gegangenen Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder innerhalb des Euro-Korsetts (*das ignorieren die linksgrünen Programme*). Durch nationale Währungen wird jeder Staat wieder für seine Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik verantwortlich und erhält damit seine politische Souveränität zurück. Damit werden auch die internen Konflikte in der Euro-Zone gelöst:

Erhalt des Bargelds: Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung, **Target-2-Risiko beenden** (derzeit über 1 Billion). Wegen der substanzlosen Target-Forderungen kommen die noch immer sehr hohen deutschen Außenhandelsüberschüsse innerhalb der Eurozone der deutschen Volkswirtschaft kaum noch zugute. Die Target-2-Forderungen der Deutschen Bundesbank sind abzuschmelzen, täglich auszugleichen, angemessen zu verzinsen und mit Sicherheiten zu unterlegen. Die AfD ist auch offen für weitere sinnvolle Vorschläge, die Target-Forderungen zu „monetarisieren“ bzw. nutzbar zu machen. So könnte die Bundesbank z. B. ihre Target-Forderungen am Kapitalmarkt an Investoren weiterverkaufen und die erhaltenen Mittel in ausländischen Aktien, ausländischem Gold oder anderen Sachwerte anlegen (*ob die jemand kaufen mag?*).

Solange der Euro zu Lasten Deutschlands weiterbesteht, kann und sollte auch Deutschland einen großen Teil seines Refinanzierungsbedarfs über die EZB und die EU abwickeln. Notprogramm-Mittel sind strikt für Hilfen und Investitionen in Deutschland einzusetzen und wo immer möglich über EU oder EZB zu finanzieren. Auch der deutsche Target-Forderungssaldo sollte dafür mobilisiert werden (*also Schulden machen, und möglichst über die EZB, weil alle es tun, damit man nicht der Dumme ist, wenn es crasht*). (Weitere AfD-Forderungen:) Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren, deutsches Staatsgold vollständig zurück nach Deutschland.

Außen- und Verteidigungspolitik

Die **Außenpolitik** Deutschlands muss sich **an deutschen Interessen ausrichten** (*dass diese Forderung erhoben werden muss, sagt einiges*). Die AfD fordert eine strikte Einhaltung des Nichteinmischungsgebots in innere Angelegenheiten von Staaten, auch durch nichtstaatliche Akteure. Der islamistische Terrorismus stellt weiterhin eine ernste Bedrohung der internationalen Staatengemeinschaft dar. (*jeder andere Terror auch!*).

Das Verhältnis zu wichtigen Staaten im Wandel der Geopolitik, (pro NATO, OSZE, USA, Russland, China, GB). Die **Türkei gehört kulturell nicht zu Europa**. Ihre zunehmende Islamisierung gibt Anlass zur Sorge und zeigt, dass die Türkei sich noch weiter von Europa und der westlichen Wertegemeinschaft entfernt.

Wiederherstellung der Wehrfähigkeit Deutschlands, Privatisierungen und Zentralisierungen gehören zurückgedreht, globale Abschaffung von ABC-Waffen, Ziel muss der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, aber auch der auf Deutschland gerichteten atomaren Kurzstreckenwaffen sein.

Insbesondere den neuen hybriden Bedrohungen und den Cyberattacken staatlicher und nichtstaatlicher Akteure muss durch eine massive Stärkung der Bundeswehr auf diesem Gebiet Rechnung getragen werden. (Forderungen für die Bundeswehr:) starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte pflegen. Die **Tugenden des Soldaten** sind Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit, militärisches Liedgut und Brauchtum sind Teil davon (*das ist vorgestrig*).

Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, (ansonsten) **Gemeinschaftsdienstjahr** für Frauen sowie für Männer, (soll) **ausschließlich Deutschen** vorbehalten sein, die über keine andere Staatsangehörigkeit verfügen.

Entwicklungspolitik - Stabilität als Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse, dabei sollte die deutsche und europäische Entwicklungspolitik einen realistischen Blick auf die Bevölkerungsexplosion in Afrika wahren ... die auch durch eine optimierte Entwicklungspolitik von außen kaum beeinflusst werden kann (*doch, man kann den Druck ausnutzen*). Die Gewährung von Entwicklungshilfe an die Bereitschaft zur Rücknahme ausreisepflichtiger Migranten ... knüpfen

Deutschland muss seine wirtschaftlichen Stärken ausbauen. Entscheidungen ausländischer nationaler Gerichte mit extraterritorialer Wirkung betrachten wir als nichtig, einseitig verhängte Sanktionen gegen Wirtschaftsprojekte unseres Landes als völkerrechtswidrig. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands - in den europäischen Institutionen muss die deutsche Sprache gemäß ihrer rechtlichen Stellung und ihrer Verbreitung auch tatsächlich den Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden.

Innere Sicherheit

Linke Gewalt entschieden bekämpfen (*rechte nicht? S.u.*), wirksame **Bekämpfung der Ausländerkriminalität**, Erleichterung der Ausweisung. Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu verhindern durch die Ablehnung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, weil hierdurch u. a. Angehörige krimineller Clans automatisch zu deutschen Staatsbürgern werden können ... (Forderung geht bis zu) Einbürgerung zurücknehmen.

Vollstreckung im Ausland, wegen der immer früher einsetzenden kriminellen Entwicklung muss das **Strafmündigkeitsalter** auf **zwölf Jahre** abgesenkt und mit dem Erreichen der Volljährigkeit auch das Erwachsenenstrafrecht Anwendung finden. Wir wollen daher den Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei zur Bekämpfung illegaler Migration und grenzüberschreitender Kriminalität auf 50 km an den Landesgrenzen und im Seebereich auf 80 km ausweiten ... und Gesichtserkennungssoftware (einsetzen).

Reform der Polizei, **Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware**, DNS-Spurenmaterial auch auf biogeografische Merkmale der gesuchten Person untersuchen, organisierte Kriminalität bekämpfen. Durch kriminelle Aktivitäten erworbene Vermögen müssen eingezogen werden ... bei Ausländern Ausweisung vereinfachen. Sicherheit der Bürger verbessern, Strafjustiz verbessern, Verfahren beschleunigen, Prozessordnung

cherheit der Bürger verbessern, Strafjustiz verbessern, Verfahren beschleunigen, Prozessordnung modernisieren, mehr Personal, Mindeststrafmaß bei „Messerdelikten“ erhöhen (*die harte Linie*).

Islam

Muslime, die sich integrieren und unsere Grundordnung und die Grundrechte anerkennen, sind **geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft** (*also keine grundsätzlichen Vorbehalte*). Es ist inakzeptabel, die Kritik am Islam durch den Vorwurf der „Islamophobie“ oder des „Rassismus“ zu unterdrücken.

Jüdisches Leben wird in Deutschland nicht nur von Rechtsextremisten, sondern zunehmend auch von

juden- und israelfeindlichen Muslimen bedroht. (*von rechtsextrem ist sonst nicht die Rede, nur linksextrem und islamistisch*). Die Bildung von „**Parallelgesellschaften**“, in denen muslimische „Friedensrichter“ die Rechtsvorschriften der **Scharia** anwenden und das staatliche Monopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung unterlaufen, werden wir **unterbinden**. Rechtsgrundsätze der Scharia dürfen in keiner Weise Anwendung in der deutschen Rechtsprechung finden. Zudem muss der Machtanspruch großer Familienclans durch konsequenten Einsatz der Ermittlungsbehörden und des Strafrechts gebrochen werden. Kriminelle Clan-Mitglieder sind abzuschieben (*eingentlich Selbstverständlichkeiten, die aber in linksgrünen Programmen fehlen*).

Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen in Deutschland durch islamische Staaten wollen wir gesetzlich verbieten. Die Kooperation deutscher Behörden mit der türkisch-islamischen Anstalt für Religion (DITIB), die Teil der türkischen Religionsbehörde ist, will die AfD beenden. Die Verleihung des Status als Körperschaft öffentlichen Rechts an islamische Organisationen lehnen wir ab. Islamische Vereine, die sich gegen das Grundgesetz und die Völkerverständigung richten, wie z. B. die Muslimbruderschaft, müssen gemäß Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz verboten werden. In Deutschland predigende Imame sollen sich zu unserer Verfassung bekennen und möglichst in deutscher Sprache predigen. Sie müssen bei der Zulassung ein Zertifikat B2 für die deutsche Sprache des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen vorweisen können (*Linie der Vernunft*).

Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen. Im konfessionsgebundenen Religionsunterricht an staatlichen Schulen soll kein Islamunterricht stattfinden, vielmehr eine sachliche Islamkunde im Ethikunterricht. (*so weit so gut, aber was ist mit christlichem Religionsunterricht?*). Minarett und Muezzinruf sind mit einem toleranten Nebeneinander der Religionen, wie es die christlichen Kirchen praktizieren, nicht vereinbar. (*das ist ein Übergriff, solange sie das christliche Gebimmel nicht auch sanktionieren*).

Der **Unterdrückung muslimischer Frauen** stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen Bereichen die Gleichberechtigung von Mann und Frau. (*das fehlt in den linksgrünen Programmen völlig!*). Das **Tragen von Burka und Niqab** in der Öffentlichkeit wollen wir auch in Deutschland **untersagen**, ähnlich wie in Frankreich, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz. Das **Kopftuch** als religiös-politisches Zeichen soll im öffentlichen Dienst generell nicht gestattet und in öffentlichen Schulen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen getragen werden.

Um **Polygamie** und **Zwangsheiraten** von Muslimen zu **unterbinden**, fordert die AfD, das Verbot der religiösen Trauung ohne vorherige standesamtliche Eheschließung wieder in Kraft zu setzen. Den Jobcentern sind die Personenstandsregister der Standesämter zugänglich zu machen, um missbräuchliche Inanspruchnahme von Hartz IV durch Zweit- oder Drittfrauen zu verhindern.

Migration, Asyl und Integration

Human und rational handeln – Deutschland schützen - die Fluchtbewegungen des 21. Jahrhunderts können nicht mittels Aufnahme der Migranten in Europa und Deutschland bewältigt werden (*richtig*). Neben kriegerischen Auseinandersetzungen und staatlichen Verfolgungshandlungen spielt insbesondere das enorme **Bevölkerungswachstum** auf dem afrikanischen Kontinent eine **überragende Rolle** (*richtig*). Entgegen der Intention des UN-Migrationspakts kann dieses **globale Problem nicht durch Migration gelöst** werden.

Asylmissbrauch beenden - das derzeitige **Asylsystem** ist **dysfunktional** und gleicht einer **Lotterie**. Finanzielle Fehlanreize und unterlassene Abschiebungen führen zu illegaler Migration, Schleuserkriminalität und zahlreichen Todesopfern im Mittelmeer. Die meisten dieser Migranten begeben sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg nach Europa (*das Wort Wirtschaftsflüchtlinge taucht nur einmal auf, s.u.*). **Die Hilfe für Menschen in Not muss jedoch von der Aufnahme in Deutschland entkoppelt und in den Krisenregionen selbst geleistet werden, wo dies weit effektiver ist und viel mehr wirklich Hilfsbedürftige erreicht.** (*diesen Standpunkt der Vernunft kann man nur unterstreichen*).

Die unlösbaren Folgeprobleme ... unübersehbar und verschärfen sich weiter, eine existentielle Frage wie die Zuwanderung muss in demokratischer Selbstbestimmung auf nationaler Ebene entschieden werden (*richtig*).

Fokus auf humanitäre Hilfe in Krisenregionen selbst, Zurückweisung von Asylsuchenden bei Einreise an der Grenze gemäß Art. 16a Abs. 2 S. 1 GG, **Ausschließlich qualifizierte Einwanderung** nach japanischem Vorbild, Humanitäre Aufnahme nur für vom Bundestag ausgewählte, besonders schutzbedürftige Personen, für deren Auswahl ein mit der deutschen Werte- und Gesellschaftsordnung vereinbarer kultureller und religiöser Hintergrund ein wichtiges Kriterium ist.

Zurückweisungen an der Grenze müssen wieder als **selbstverständliches Recht** souveräner Staaten aufgefasst werden, Asylparadies Deutschland schließen.

Keine pauschalen Zuwanderungskontingente, Keine Aufnahme von Migranten im Rahmen einer „europäischen Lösung“, die durch Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen, Beantragung von Asyl und Eröffnung des Antragsverfahrens nur bei nachgewiesener Identität, Strenge Bestrafung von Falschangaben im Asylverfahren

ren, Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten, Bekämpfung des Missbrauchs legal erteilter Visa zum Zweck der Asylantragstellung; Verlust des Schutzstatus nach Reisen von Asylberechtigten in ihr Herkunftsland, **Ablehnung jeglichen Familiennachzuges** für Flüchtlinge, Keine Belohnung für illegale Einreise und Verweigerung der Ausreise, Niederlassungserlaubnis für anerkannte Asylbewerber erst nach 10 Jahren, Beendigung des Wildwuchses bei der Asylverfahrensberatung und -betreuung, Keine Arbeitserlaubnis mehr für Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber, Jährliche Prüfung des Fortbestands von Asylgründen über zehn Jahre, Ausnahmslose **Abschiebung von Gefährdern** und Straftätern, auch nach Afghanistan, Irak und Syrien. Rückkehrpflichtige sollen eine handwerklich-praktische Grundausbildung erhalten können, die sie zum **Wiederaufbau ihrer Heimat** und zur dortigen Existenzgründung befähigt („fit for return“) (*das ist ein guter Vorschlag, der bei anderen Parteien fehlt*).

Abschiebung und Rückkehr - die unterlassene Aufenthaltsbeendigung abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber (z.Z. 300.000) ist ...Ausdruck **fortgesetzten Staatsversagens**. Die Politik hat vor der Aufgabe, diesen Widerspruch aufzulösen, kapituliert – getrieben von einer **mächtigen Anti-Abschiebe-Industrie**. (Die) Rückkehrbereitschaft (muss) deutlich mehr als bisher gefördert werden.

Eine Abschiebeoffensive zum Abbau des Überhangs an Ausreisepflichtigen, Eine nationale und eine supranationale „**Remigrationsagenda**“ als Schutzgewährung in Herkunfts- und Transitregionen nach dem Grundsatz „**Hilfe vor Ort**“, Keine Duldungen mehr, sondern Bescheinigungen über die Ausreisepflicht, Zuständigkeitsübertragung für den Vollzug von Abschiebungen an die Bundespolizei, Verhinderung von Abschiebungen zu Straftatbestand erklären, Nutzung freier Platzkapazitäten bei Transportflügen der Bundeswehr, Aufhebung der Kirchenasyl-Vereinbarung zwischen BAMF und Kirchen.

Leben retten und soziale Gerechtigkeit herstellen, Anerkannte erwartet eine lebenslängliche materielle Absicherung. Die Mittel dafür werden aufgebracht von Steuerzahlern, die schwer dafür arbeiten müssen, aber keine Wirtschaftsflüchtlinge eingeladen haben (*das wird woanders übersehen*). Die Großzügigkeit des deutschen Staates verursacht eine **erhebliche Sogwirkung**, die zum Tod vieler Menschen führt. Die **Bundesregierung lädt** damit **schwere moralische Schuld auf sich** (*vernünftigerweise kaum anders zu sehen*).

Die Asylanerkennung führt zu einer sofortigen Gleichstellung in allen sozialen Sicherungssystemen, ohne jede vorangegangene Teilnahme am Solidarsystem. **Das ist sozial ungerecht** (*sehen viele so*). Sachleistungen ... nach österreichischem Vorbild könnte eine Leistungsgewährung in voller Höhe auch vom Erreichen guter Sprachkenntnisse abhängig gemacht werden. Eines der Hauptmotive für die gegenwärtige Massenmigration nach Deutschland und Europa ist die Möglichkeit von Migranten, in Deutschland bezogene **Transferleistungen** und auch legal oder illegal verdientes Geld zurück **in ihre Heimatländer** zu überweisen. Um diesen Migrationsanreiz zu beseitigen, befürworten wir die Einführung einer Steuer auf Rücküberweisungen, die den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verlassen (*warum nicht die Entwicklungshilfezahlungen über diese Schiene laufen lassen, als Überweisungen an Einzelpersonen?*).

Hilfe vor Ort statt Tod auf dem Weg nach Europa - **Hilfe vor Ort** hat für die AfD **höchste Priorität**. Ihr ist absoluter Vorrang zu geben vor einer Aufnahme von Asylbewerbern in Deutschland (*da spricht die Vernunft*). Milliarden-summen (können) heimatnah eine vielfache Wirkung entfalten (*richtig*).

Zuwanderung wieder national regeln, (gegen) inksextreme „One-world-Utopie“, Vergemeinschaftung des Aufenthalts- und Asylrechts ... rückgängig machen, unverzüglich den UN-Migrationspakt und den UN-Flüchtlingspakt (kündigen). EU-Migrationspakt soll verhindert werden, kein gemeinsames europäisches Asylsystem“ (GEAS).

(Für) qualifizierte Zuwanderung, Vorbild einer identitätswahrenden Migrationspolitik (ist) Japan, Begrenzung und Steuerung der Migration. Primärziel der **Interessenwahrung der Deutschen** und bereits zugewanderter Bürger, die sich zur kulturellen Identität Deutschlands bekennen. Bei der **Integration** sehen wir Zuwanderer und Personen, denen wir einen vorübergehenden Schutz gewähren, **in der Pflicht**., intensive Integrationsbereitschaft (fördern), **Bevorzugung von Migranten** in Form einer Quotierung, unter Missachtung des Leistungsprinzips, muss **ausgeschlossen** werden (*das alles wendet sich konträr gegen linksgrüne Vorstellungen*).

Integrationsprojekte ... einer ... Evaluations- und Erfolgsprüfung ... unterziehen. Das **Profitgeschäft von NGOs und Wohlfahrtsverbänden** ist zu **beenden**, öffentliches Kopftuchverbot (gehört zu) Bedingungen für eine gelingende Integration. Das **Geburtsortprinzip** (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz **streichen** und zum Abstammungsprinzip zurückkehren, wie es bis zum Jahr 2000 galt. Einen **Anspruch auf Einbürgerung darf es nicht mehr geben**. Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit soll als Erfolg eigener Anstrengung erlebt werden und die Betroffenen mit Stolz erfüllen können.

Familienpolitik

Familien stärken und fördern, nicht diskreditieren und durch andere Leitbilder ersetzen, geburtenfördernde Familienpolitik (*das widerspricht der sonstigen Selbstbestimmungsförderung*). Ursachen der **demografischen Katastrophe** (sind u.a.) Selbstverwirklichung, Abwertung Zuhausebleibender, Steuerbelastung der Doppelberufstätigen, (die sind) steuerlich stärker belastet als in fast allen anderen europäischen Ländern (*das ist keine Katastrophe, das ist Vernunft*).

Anhebung des Kinderfreibetrages Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben, Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € (*quasi Kopfprämie*). Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann. Betreuungsgeld für Eltern bzw. Großeltern, Ehe-Start-Kredit, mit jedem Kind wird ein Teil des Kredits erlassen (*Kopfprämie*). (Muss) Deutschen im Sinne des Grundgesetzes gewährt werden sowie EU-Bürgern, die seit mindestens 20 Jahren in Deutschland leben.

Wiedereinstieg von Eltern nach der Babypause vereinfachen, Lohnsubventionen an die Arbeitgeber, günstige Mietwohnungen, Bauland vergünstigt an Familien, statt teurer Förderung von Energieeffizienzhäusern wollen wir gestaffelte Teilerlasse nach Kinderzahl, kinderfreundliche Gesellschaft als Staatsziel (*vielleicht mal die Leute fragen?*). Statt Gleichstellungsbeauftragten wollen wir Familienbeauftragte, Mehrgenerationenfamilien sind stärker zu fördern, die Jugendpolitik muss auf eine Förderung der Familien ausgerichtet werden und das Ziel verfolgen, dass die Kinder in ihren Familien bleiben (*altmodische Ansichten*).

Willkommenskultur für Kinder - **Ungeborene Kinder** haben ein **Recht auf Leben**. (*Nein, haben sie nicht, das ist eine unakzeptable Ansicht, die gegen die Freiheitsrechte der Mütter verstößt*).

Seit Jahren in Deutschland jährlich rund 100.000 ungeborene Kinder getötet ... Abtreibungen, speziell aus sozialen und familiären Gründen, müssen dabei die Ausnahme bleiben. Die Entscheidung über eine Abtreibung muss natürlich bei der Mutter bzw. bei den Eltern liegen, dennoch lehnen wir alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären (*viel sinnvoller wäre es, Abtreibungen weltweit zu erleichtern*).

Trennungsfolgen mindern (bei Scheidung), verantwortungsvolle Kinderbetreuung, Kitas und Schulen von Angst und Hysterie freihalten und eine positive Lebenseinstellung ... vermitteln, Verunsichern und Geschlechterrollen auflösen. (Kinder) werden dadurch massiv in ihrer Entwicklung gestört. Kinder haben das Recht auf Schutz ihrer Intimsphäre, damit sie ihre Sexualität selbstbestimmt herausbilden können. In Kindergärten muss Deutsch gesprochen werden. Das **Geschlecht** ist eine **biologische Tatsache**.

(Zu Diversen:) Es versteht sich von selbst, dass diese Menschen vollwertiger Teil unserer Gesellschaft sind und mit der ihnen gebührenden Achtung behandelt werden müssen. Wir halten es aber für **unangemessen**, das biologische Regel-Ausnahme-Verhältnis umzukehren und für eine sehr geringe Zahl von Menschen **neue Kategorien** der geschlechtlichen Klassifizierung (z. B. durch Änderung der Toilettenordnung) **einzuführen**. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist ein hohes Gut und im Grundgesetz verankert. Frauenquoten betrachten wir dementsprechend nicht als fortschrittlich. Sie stellen eine Form der Diskriminierung dar (*stimmt*).

Arbeits- und Sozialpolitik

Zuwanderung von EU-Ausländern **in unsere Sozialsysteme begrenzen**, hunderttausende EU-Ausländer werden als Regelleistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende geführt. Abzuändern, dass ein Leistungsanspruch nur für solche EU-Ausländer besteht, die unter Aufnahme einer existenzsichernden Tätigkeit einreisen

Die AfD lehnt ... die von der EU vorangetriebene Aufweichung des Einstimmigkeitsprinzips im Bereich der Sozialpolitik ab (*eigentlich die EU komplett*). Keine Auszahlungen von Sozialleistungen auf ausländische Konten, **Lohndumping in der Leiharbeit verhindern**, (stattdessen) Flexibilitätsprämie, Mindestlohn beibehalten. (Das) schützt sie auch vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck.

Arbeitsleben würdigen – Arbeitslosengeld I gerecht gestalten, (keine) Geringschätzung der langjährigen Beitragszahler, Bezugsdauer (in) Abhängigkeit von der Beschäftigungsdauer, Arbeitslosenversicherung von versicherungsfremden Leistungen entlasten, Leistungsberechtigte strikt an dem Kreis der Beitragszahler ausrichten. **Wer arbeitet, wird auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet**, aber arbeitsfähig ist.

Bekämpfung von Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und Verstößen gegen das Mindestlohngesetz, Maßnahmen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit, Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen.

Das Rentenkonzept der AfD

Partei der **Leistungsgerechtigkeit**, die drohende Altersarmut für Millionen Leistungsträger ist für uns ... unerträglich, Steuerzuschüsse zur Rente durch **konsequente Streichungen** von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der **Migrations-, Klima- und EU-Politik**, gegenzufinanzieren. Statt linksgrüner „Weltrettungsprojekte“ braucht es marktwirtschaftliche Freiheit und öffentliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft (*beim Klima lieber nicht zuviel streichen*).

Rentenberechtigten sollen auch mehr Freiheitsrechte zugestanden werden, (eigene) Entscheidung über den Eintritt in die Rentenphase, wer länger arbeitet, bekommt entsprechend mehr Rente. Altersarmut verhindern, soziale Gerechtigkeit ist ein integraler Bestandteil der AfD-Politik, muss aber immer auch zur Eigenverantwortung anregen. Eigenverantwortung müssen wir auch von Politikern einfordern. **Schluss mit Politikerpensionen**.. Politiker sollen wie andere Arbeitnehmer auch in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen (*Alleinstellungsmerkmal*).

Reduzierung des Beamtenstatus auf originär hoheitliche Aufgaben, Lastengerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen herstellen, Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Ostrenten beseitigen, keine Doppelbesteuerung, Steuerfreibetrag anheben, umlagefinanzierte Rente stärken.

Gesundheitspolitik

Schluss mit den **unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen**. Die Verunsicherung der Bürger mit willkürlichen Grenzwerten, nicht nachvollziehbaren Maßnahmen und Einschränkungen von Grundrechten durch Verwaltungsermächtigungen unter Umgehung der Parlamente sind für uns inakzeptabel. Der Schwerpunkt freiwilliger Hygienemaßnahmen und Schutzbestimmungen muss auf gefährdeten Bevölkerungsgruppen liegen. Maskenpflicht und Impfpflicht ablehnen, Corona-Untersuchungsausschuss (soll auf unverhältnismäßige Maßnahmen prüfen) (*dieser Konfrontationskurs ist ein Alleinstellungsmerkmal der AfD*).

Krankenhäuser und Kliniken brauchen Planungssicherheit und eine individuell auskömmliche Finanzierung, Begrenzung privater Träger im Krankenhausbereich bei max. 60%, Serviceorientierte ambulante Versorgung durch

Beendigung der Budgetierung, Medizinische Versorgung auf dem Land wiederherstellen und sichern, Zugang zu Heil- und Hilfsmitteln entbürokratisieren, Beendigung des Pflegenotstands, Vorfahrt für die häusliche Pflege, WHO grundlegend reformieren.

Bildung, Wissenschaft und Forschung

Die Bildungsstandards aller Schulformen und Bildungseinrichtungen müssen wieder auf das Niveau einer führenden Wissenschafts- und Industrienation gehoben werden. Mehrgliedriges Schulsystem erhalten. Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der Haupt- oder Realschulabschluss zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.

Berufliche Bildung stärken: Meister statt Master, Digitalisierung ist kein Selbstzweck, keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten, für **schulpflichtige Asylbewerber** muss es Ziel der Beschulung sein, diese auch für die Möglichkeit ihrer **Rückkehr in ihr Heimatland vorzubereiten**. Der Lernfortschritt einheimischer Schüler darf nicht beeinträchtigt werden. Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktrination sein (*und der religiösen hoffentlich auch nicht*).

Deutsches Kulturgut im Unterricht vermitteln, Heimatliebe und Traditionsbewusstsein. **Kein bekenntnisgebundener Islamunterricht** an deutschen Schulen, **kein Koranunterricht** durch verfassungsfeindliche Moscheevereine (*beide Themen kommen doppelt vor*). **Keine Konfuzius-Institute** an öffentlichen Bildungseinrichtungen ... die kommunistische Partei Chinas (nimmt) Einfluss auf das Bildungsangebot an deutschen Universitäten und zunehmend auch an allgemeinbildenden Schulen.

Bologna ist gescheitert, **Diplom und Magister wieder einführen**. **Kein Geld für „Gender Studies“, keine Gender-Quote**. Alle Fördermittel für die auf der Gender-Ideologie beruhende Lehre und Forschung sind zu streichen. Politisch korrekte Sprachvorgaben zur Durchsetzung der Gender-Ideologie lehnen wir ab. **Gleichstellungsbeauftragte** sind **abzuschaffen**. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden (*das ist wirkliche Antidiskriminierung*).

Kultur

Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“, Kulturrelativismus und Multikulturalismus führen zu einem Neben- und Gegeneinander von Parallelgesellschaften, denen es an gemeinsamen Werten für das Zusammenleben fehlt. Die AfD wird nicht zulassen, dass Deutschland aus **falsch verstandener Toleranz** vor dem Islam seine tradierte Kultur verliert.

An deutschen Bildungseinrichtungen darf das Deutsche nicht durch andere Sprachen zurückgedrängt werden. Deutsch muss als Lehr- und Wissenschaftssprache erhalten bleiben (*Realität ist nun mal dass die Wissenschaftssprache englisch ist*). Die sogenannte „**gendergerechte Sprache**“ ist eine **groteske Verunstaltung** der deutschen Sprache. Sie schafft keine Gleichberechtigung (*stimmt*).

Kulturförderung, Brauchtum und Gedenken, wir wenden uns gegen die zunehmend aggressiven Versuche einer ideologisch geprägten, moralisierenden Umdeutung der Geschichte, die sich an der Schleifung von Denkmälern und Umbenennung von Straßen festmacht („Cancel Culture“ bekämpfen). Die Debatte um eine angeblich notwendige „Dekolonisierung“ unserer Kultur, die mit einer Verteufelung des „weißen Mannes“ einhergeht, stellt das Selbstverständnis unserer kulturellen Identität insgesamt infrage. Die AfD stellt sich als einzige politische Kraft dieser Demontage unserer historischkulturellen Identität entgegen. Die sogenannte „Critical Race Theory“, wonach Rassismus gegen Weiße nicht möglich sei, lehnen wir ab (*vernünftiger Standpunkt*).

Medien

Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk neu gestalten, am Ende soll ein stark reduzierter Anbieter stehen, der **ca. ein Zehntel des bisherigen Umfangs** haben soll. Dieser „Grundfunk“ hat nur die Aufgabe, die Bürger flächendeckend mit neutralen Inhalten aus den Sparten Information, Kultur und Bildung zu versorgen. Wichtig bleiben regionale Inhalte – ein schlanker „Heimatkund“ als Schaufenster der Regionen. Zwangsbeiträge und Werbung entfallen. Die **Finanzierung** erfolgt **durch eine Abgabe**, die insbesondere **Technologiekonzerne**, die audiovisuelle Inhalte verbreiten, sowie Video-Streaming-Dienste zu leisten haben. Diese dominieren den deutschen Markt, ohne dafür in angemessener Weise Steuern oder Abgaben zu zahlen (*bedenkenswerte Lösung*).

Über Subventionen, Unternehmensbeteiligungen und regierungspolitische Werbefinanzierung beeinflusst die Regierung auch die privaten Medien. Diese parteipolitische Medienbeeinflussung lehnen wir ab. Das Zusammenrücken der Altparteien zu einem **politischen Meinungskartell** hat die linke Dominanz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in privaten Mainstream-Medien verfestigt. Auch die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist gefährdet (*stimmt leider*).

Bauen, Wohnen, Mieten

Ausweisung von Bauland. Kosten substanzial gesenkt, **Reduktion der überzogenen Standards** und Vorgaben, die Streichung der Energieeinsparverordnung sowie den Brand-, den Wärme- und den Schallschutz auf ein notwendiges Mindestmaß zurückzufahren. Wir benötigen eine bundesweite Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechtes und eine Beschleunigung von Verfahren, Grunderwerbsteuer auf ... ersatzlos zu streichen.

Wahlprogrammen Erwerb von Wohnimmobilien durch Käufer ohne deutsche Staatsbürgerschaft, deren Hauptwohnsitz im Ausland liegt, über eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 20% zu erschweren. Die **Grundsteuer** und Gebühren wie die **EEG-Umlage** und die **GEZ-Gebühren** (Haushaltsabgabe) sind zu **streichen**. Wohneigentumsförderung, der bisherige **soziale Wohnungsbau** ist **gescheitert**, er kann nur einen Bruchteil der Berechtigten erreichen. Er führt zu Fehlbelegungen und verursacht hohe Kosten für den Steuerzahler. Es ist **besser**, ein-

kommensschwache Mieter vermehrt mit **Wohngeld** zu unterstützen, wodurch eine soziale Durchmischung gewährleistet wird. Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen. (Die AfD) **lehnt** staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die **Mietpreisbremse** oder den Mietendeckel **ab**

Klima, Energie, Technik und Digitalisierung

Das Ziel der Bundesregierung, die **CO₂-Emissionen faktisch auf null** zu senken ... die AfD **lehnt dieses Ziel** und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau **ab**. Niemand streitet die jüngste globale Erwärmung ab. Die AfD bezweifelt aber, dass diese nur negative Folgen hat. Statt einen aussichtslosen Kampf gegen den Wandel des Klimas zu führen, sollten wir uns an die veränderten Bedingungen anpassen, so wie es Pflanzen und Tiere auch tun (*aber nicht in dem Tempo*).

Es ist **bis heute nicht nachgewiesen**, dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den **Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich** ist (*dem steht die Wissenschaft fast komplett entgegen, schon Arrhenius hat vor 100 Jahren den Treibhauseffekt von Co₂ nachgewiesen - das dürfte der größte Knackepunkt im Programm sein*).

Den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung und Dekarbonisierungsmaßnahmen lehnt die AfD ab, das **Pariser Klimaabkommen** vom 12.12.2015 ist zu **kündigen**. Deutschland muss aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen, jegliche Form der Co₂-Besteuerung ist abzuschaffen (*das erscheint als Fehler*).

Wir lehnen den „Green Deal“ der EU sowie jegliche weitere Formen von Planwirtschaft ab, wir wollen das EEG ersatzlos streichen und die Vorranginspeisung beenden. Eine komplette Umstellung unserer Energieversorgung auf volatile „erneuerbare“ Energielieferanten ist unökologisch unrealistisch und daher abzulehnen (*das erscheint eher vertretbar*).

Die AfD lehnt das neue GEG (Gebäudeenergiegesetz) ab, denn es führt zu weiteren Mietsteigerungen ohne angemessene ökologische Verbesserungen. In Wäldern und Schutzgebieten dürfen keine Wind- und Solaranlagen errichtet werden. Wir setzen uns für die Bewahrung des heimatischen Landschaftsbildes, unserer Umwelt und Tierwelt ein. Sogenannte **Energiepflanzen** wollen wir **nicht mehr fördern** und Ackerflächen stattdessen wieder für den Nahrungsmittelanbau nutzen (*das ist richtig*).

Alternativ können diese Flächen der Natur zurückgegeben werden. Die Bevorzugung und Förderung einer Wasserstoffwirtschaft lehnen wir ebenso ab wie die einseitige Förderung der Elektromobilität. Technikoffenheit gilt auch für die Nutzung von Wasserstoff und Elektromobilität (*richtig*).

Gasversorgung durch die Fertigstellung des Projektes Nord Stream 2 ... sichern, (treten) **für** die Verstromung von **Braun- und Steinkohle** als grundlast- und regelfähige Energiequelle ein. Deutschland hat die weltweit saubersten und effizientesten Kohlekraftwerke. Die Laufzeit der in Deutschland noch verbliebenen sechs aktiven **Kernkraftwerke** muss sich nach der technischen Nutzungsdauer und ökonomischen Kriterien richten. Eine Abschaltung aus anderen Gründen lehnen wir ab.

Erforschung und Nutzbarmachung von Technologien (forcieren), die eine Lagerung von hochradioaktiven Reststoffen in geologischen Zeiträumen nicht mehr erforderlich machen (*Wunschdenken*). Wiedereinrichtung von Kernforschungszentren, fortschrittliche Reaktorkonzepte der Generation III+ und IV sowie von Brutreaktoren und Fusionsenergie. **Neueinrichtung von sicheren Kernkraftwerken**.

Aufklärungsinitiative über den heute schon sichtbaren Nutzen der Gentechnik, generelle Verbote von Kunststoffen lehnen wir ab und setzen uns für deren intelligente Nutzung und verstärkte Wiederverwertung ein.

Digitalisierung muss uns Menschen dienen, gegen jeglichen Missbrauch digitaler Techniken, die zur Überwachung oder Bevormundung von Bürgern und Unternehmen führen, Abschaffung des NetzDG, eine zentrale Meldestelle, an die sich von Rechtsverletzungen auf Plattformen betroffene Bürger und Einrichtungen wenden können, Abschaffung der DSGVO Ersetzung durch ein neues, schlankes Datenschutzgesetz, Infrastruktur ist die Grundlage für den weiteren Ausbau der Digitalisierung, **Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung** (*auch hier fehlt das Thema, wie viel die Roboter übernehmen*).

Verkehrspolitik - eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab, motorisierten Individualverkehr schützen, **wissenschaftlich mangelhaft belegte Maßnahmen**, wie z. B. **Dieselfahrverbote** (*stimmt!*) oder Umweltpuren, erreichen das nicht. Gleichzeitig fordert die AfD den Erhalt und **Ausbau von** innerstädtischen Fahrspuren und **Parkraum** zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels.

Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern. Die AfD **lehnt** ein generelles **Tempolimit** auf Bundesautobahnen strikt **ab**. Temporär sind flexible, situationsgerechte Streckenbeeinflussungsanlagen die Alternative. Für den Schienenpersonenverkehr muss Deutschland ein besser ausgebautes und abgestimmtes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz erhalten, das sich am einfachen und zuverlässigen Modell der Schweiz orientiert. Die AfD unterstützt den **Ausbau des** zu lange vernachlässigten **Schiennetzes**. **Flugverkehr** als Wirtschaftsfaktor **stärken**. Abschaffung der Luftverkehrsteuer ... richtet sich gegen unrealistische CO₂-Reduktionsziele der EU.

Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten. Die heutige einseitige **Bevorzugung von Elektromobilität** ist auf Grund mangelnder Stromkapazitäten und der globalen Umweltbelastung bei der Batterieproduktion sofort zu **stoppen**. Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Antriebsformen abgelöst wird oder wei-

ter existiert, muss eine Frage des technischen Fortschritts sowie des Marktes werden und darf nicht auf der Verbotspolitik der EU basieren (*richtiger Ansatz*).

Stadt und Land gleichrangig entwickeln, Umwelt- und Landschaftsschutz. Unser Leitbild ist die polyzentrische Stadt und der lebenswerte, fußläufige, familienfreundliche Stadtteile. Infrastruktur ... steigt für die Kommunen der Investitionsstau für die bedarfsgerechte Bereitstellung immer weiter an. Ausbau digitaler Infrastrukturen beschleunigen, Nord Stream 2 endlich fertig stellen.

Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz

Mehr Selbstversorgung in Deutschland mit heimischen Nahrungsmitteln, die fortschreitende Entmündigung von Landwirten, Jägern und Verbrauchern durch immer mehr europäische Regulierungen muss ein Ende haben. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU hat bisher mehr Schaden als Nutzen gebracht. Wir wollen die Zuständigkeit für die **Agrarpolitik** deshalb wieder **in die alleinige Verantwortung der Nationalstaaten** legen. Landwirte anderer Staaten sollen nicht mit deutschem Steuergeld subventioniert werden.

Grüne Berufe wertschätzen, Familienbetriebe in den Mittelpunkt stellen, Junglandwirte besser stellen, die ihre Agrarflächen selbst bewirtschaften. Wir setzen uns dafür ein, den **Aufkauf von Flächen durch landwirtschaftsfremde Investoren zu erschweren**. Die AfD fordert die Revision der Düngeverordnung, die Aufhebung der pauschalen Reduktion der Düngemengen und die präzise Ermittlung von Eintragsquellen nach dem Verursacherprinzip unter Beachtung von Kostenwirksamkeit und Verhältnismäßigkeit.

Tierwohl, Haltung und Transport weiterentwickeln, Schutz der heimischen Ökosysteme verbessern, zeitgemäßes Wildtiermanagement umsetzen, unsere Wälder schützen und bewahren, gesunde Lebensmittel aus heimischer Produktion fördern, Transparenz im Verbraucherschutz ausbauen. **Lehnen ... jede Form der gesonderten Lebensmittelbesteuerung**, wie eine Fleisch- oder Zuckersteuer, **ab**.

Wasserversorgung in öffentlicher Hand belassen, eine EU-weite **Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts lehnt die AfD** entschieden **ab**.

Ausbau von erneuerbaren Energien einschränken. Der politisch-ideologisch forcierte und staatlich subventionierte **Ausbau regenerativer Energien** ist nicht nur ein **ökonomisches Desaster**, sondern belastet auch unsere Heimat, unser Lebensgefühl und unsere Natur in erheblichem Maße. Wir lehnen die undurchsichtigen Verfahren ab, die den Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien

über die Köpfe der Bürger hinweg ermöglichen (*immerhin keine prinzipielle Ablehnung der grünen Energien, sondern nur ihrer Handhabung - aber der Gegenstandspunkt zu allen anderen*).

Fazit des Rezensenten

Bisher waren die *Kommentare kursiv gesetzt* und die **Hervorhebungen** vom Rezensenten **fett**. Das Folgende ist alles Kommentar.

Aus der Sicht des Referenten ist das AfD-Wahlprogramm ein ordentliches Programm, das bis auf einige kritische Punkte durchaus mehrheitsfähig erscheint. Die Knackpunkte sind so gebracht, dass Rückzugsmöglichkeiten offen bleiben. Sie hinterlassen allerdings Lücken dort, wo die anderen Parteien besonders eifrig vorpreschen, zumal bei der Klimapolitik.

Insgesamt liefert das Wahlprogramm das, was draufsteht, eine *Alternative für Deutschland*. In vieler Hinsicht steht das drin, was die unabhängige Vernunft sagt, und was die anderen Parteien (außer FDP) ausblenden. Einige konkrete Vorschläge finden sich exklusiv in diesem Programm, da zeigen die Programmierer Kompetenz und Realismus. Allerdings auch ein paar vorgestrigte Ansichten zur demographischen Katastrophe, zum Recht auf Leben für Ungeborene, zur Klimarettungsverweigerung, zum Muezzinruf, zur Pflege der militärischen Tugenden, zur Wehrpflicht.

Andererseits sind die meisten AfD-Positionen der Realitätsblindheit der anderen Parteien (außer FDP) weit voraus. Hier werden die Probleme jetzt schon gesehen, auf die andere erst mit der Nase gestoßen werden müssen. Die Zahl der Kritikpunkte ist hier auch nicht größer als woanders. Leider machen ihre Rechtsausleger die AfD so angreifbar, dass eine rationale Diskussion unmöglich scheint. Nicht nur das, sondern der Standpunkt der Vernunft wird übergreifend desavouiert, bloß weil er auch von der AfD vertreten wird. Das ist ein Verlust für unsere politische Landschaft.

Im wesentlichen ist das AfD-Programm ein CDU-Programm von vor 20, 30 Jahren. Der Vergleich mit den linksgrünen Programmen zeigt, wie extrem sich die Positionen seither gewandelt haben. An dieser Stelle wird nicht gegen den Wandel als solchen argumentiert; es ist etwas anderes, was Anlass zu Bedenken gibt: *Die gravierenden Änderungen wurden alle an der Bevölkerung vorbei eingeführt*.

Es gab keine demokratische Erhebung des Bevölkerungswillens. Weder zu EU-Ausbau und Euro, noch zu Klima-Rettung und Energiewende, und auch nicht zu Migrantenaufnahme und Demographie-Korrekturversuchen. Sogar der öffentliche Diskurs zu diesen Themen wurde stark behindert und manipuliert. Insofern hält das AfD-Programm dem Verfall unserer Demokratie den Spiegel vor.